



DL21

#leftlessons

## #leftlessons Staffel 2, Nr.8 – Vorbereitung

### Europäische Friedenspolitik stärken

mit Prof. Dr. Dietmar Köster (MdEP) und Prof. Dr. em. Werner Ruf

**Dietmar Köster** (1957\*) ist seit 2014 Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament. Bereits 1975 trat er in die SPD ein und engagierte sich seit den 1980er Jahren in der Friedensbewegung. Er ist ein scharfer Kritiker der Militarisierung der EU, des ungerechten Freihandels und der EU-Flüchtlingspolitik. Dietmar ist Mitglied im Vorstand der DL21. Neben seinem politischen Engagement hat er sich als Sozialwissenschaftler mit der „Wissenschaft der Altersbildung“ (Geragogik) befasst und wurde 2012 als Professor an die FH Dortmund berufen.

**Werner Ruf** (1937\*) studierte Sozialwissenschaften, Romanistik und Geschichte und kann seit den 1960er Jahren auf internationale Forschungs- und Lehrerfahrung zurückblicken. Er hatte Gastprofessuren in den USA und Frankreich inne und wurde letztlich 1982 zum Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Kassel berufen. Seit April 2003 ist er im Ruhestand. Unter anderem war er Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung und Mitglied des Exekutiv-Komitees des Inter University Centre Dubrovnik (IUC). Er ist Mitglied der AG Friedensforschung der Uni Kassel und als engagierter Friedensforscher mit Schwerpunkt für den mediterranen Raum, Nord- und Westafrika sowie die Bedeutung des ‚politischen Islam‘ in Bezug auf die Strategien des Westens gefragter Experte in der Friedensbewegung.

- Wir wollen mit den beiden Referenten unter anderem erörtern:
- Ist die EU eine Militär- oder Friedensmacht?
- Welche Bedeutung haben PESCO, das Zwei-Prozent-Ziel der NATO und europäische Rüstungsprojekte wie FCAS für die strategische Entwicklung der EU?
- Welche Grundlagen, Ressourcen und Potentiale hat die EU für Krisenprävention und Friedensförderung?
- Ist es möglich, die EU zivil als gleichberechtigten Partner der USA im Einklang mit Frieden in Europa einschließlich Russlands und der kleineren Nachfolgestaaten der EU aufzustellen?

DL21

#leftlessons

- Wie sollte die (sozialdemokratische) Linke die Forderung nach einer Europäischen Armee und – weiter gefasst – eine gemeinsame europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik diskutieren?
- Welche Bedeutung hat die EU für das ungerechte Nord-Süd-Verhältnis und wie ist dies zu ändern?

*„Mein größter Wunsch für den heutigen Tag war, noch einmal zu erleben, wie Amerikaner und Russen sich wie damals in Lüz umarmen und küssen und gemeinsam das Ende des Krieges feiern! Den FRIEDEN feiern! Jetzt muss ich bis zum nächsten Jahr darauf warten. Aber wir feiern diesen Tag trotzdem. Und ihr alle feiert mit uns!“,* sagte die Auschwitzüberlebende Aktivistin Esther Bejarano anlässlich des 8. Mai 2021.<sup>i</sup>

So mancher Realpolitiker wird eine solchen Herausforderung vermutlich belächeln. Allerdings ist es wesentlich unrealistischer zu erwarten, dass es ein nach innen und außen friedliches Europa geben kann, wenn der Konflikt zwischen NATO/EU einerseits und Russland andererseits weiter eskaliert und die Europäische Union zum militärischen Player in einem zugespitzten globalen Machtkampf wird.

Das „Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa“ der Friedrich Ebert Stiftung hat jüngst eine Studie mit dem Titel „Wiederherstellung der europäischen Sicherheit“<sup>ii</sup> herausgegeben. Darin wird die Lage Europas wie folgt bilanziert:

*„In Europa gibt es bereits Kriege, in die Großmächte verwickelt sind, sowie einige Krisenherde mit dem Potenzial, sich zu einem gewaltsamen Konflikt auszuweiten. Vertrauen wurde in den letzten Jahren zerstört sowie gemeinsame Prinzipien und Abkommen missachtet. Jede Seite sieht die andere als im Niedergang begriffen an, erhöht jedoch gleichzeitig ihre militärischen Ausgaben. Die durch Rüstungskontrollvereinbarungen und vertrauensbildende Maßnahmen geschaffenen Sicherheitsnetze werden ausgehöhlt, während sich das Wettrüsten intensiviert. Eine Fortsetzung dieses Kurses macht einen absichtlich oder unabsichtlich entfachten Flächenbrand wahrscheinlicher.“*

Es sollte Aufgabe sozialdemokratischer Politik sein, jeder Konflikteskalation entgegenzutreten und einen gerechten Frieden in Europa und durch Europa zu sichern. Demgegenüber nimmt sich die fatalistische Erwartung des Kanzlerkandidaten Olaf Scholz, dass Europa in einer Welt klarkommen müsse, die „nicht friedlicher“ werde, bestenfalls bescheiden aus. Die Auffassung, dass einer Eskalation der Großmachtkonflikte zwischen USA, China und Russland, kein Einhalt geboten werden könne und dass die EU als vierter

DL21

#leftlessons

global Player dort ökonomisch wie militärisch mitkonkurrieren müsse, prägt derzeit auch die sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik.

### **Die EU als Kraft des Friedens?**

Die Vision eines friedlich geeinten Europas ist nicht neu. Aber ist die EU die Annäherung an diese Utopie? Es gibt berechtigte Bedenken, wenn man in ihre Geschichte schaut: Einerseits ist die Entstehung der Europäischen Union und ihrer Vorläuferinnen mit dem Wunsch verbunden, Frieden und Wohlstand in Europa irreversibel zu machen, und sie sollte ein „Kraftzentrum für die weltweite Verbreitung staatsbürgerlicherer und demokratischer Normen“ darstellen (François Duchêne).

Auch verhinderte Frankreich 1954 die Gründung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft aus begründeter Furcht vor einem Wiedererstarken des deutschen Militarismus und Hegemoniestrebens. Andererseits waren Projekte wie die Montanunion, EurAtom oder eben diese verhinderte Verteidigungsgemeinschaft von der „Sicherheits-“Logik des Kalten Krieges mitgeprägt: 1951 war die Sowjetunion mit ihrem letzten Anlauf für ein geeintes, aber neutrales und weiterhin demilitarisiertes Deutschland gescheitert. Adenauer hatte sich mit seinem West-Bindungs-Diktum „lieber ein halbes Deutschland ganz, als ein ganzes Deutschland halb“ durchgesetzt. Die Konfrontation zwischen USA und UdSSR nahm zu und der Koreakrieg war entfacht. Damit war bei den westlichen Siegermächten und insbesondere in den USA die Wiederaufrüstung Westdeutschlands besiegelt. Westdeutschland sollte sich an den geopolitischen Auseinandersetzungen politisch, ökonomisch, rüstungsmäßig und letztlich auch militärisch wieder beteiligen. Die durch den Zweiten Weltkrieg geschwächten Siegermächte Frankreich und Großbritannien hatten zugleich großes Interesse, die Wiederaufrüstung des zweimaligen Aggressors zu kontrollieren und einzuhegen. Vor diesem Hintergrund schlug Robert Schuman 1951 die Montanunion vor, die gemeinsame Wirtschaftsprojekte im Energie- und Stahlsektor ermöglichte. Frieden und Wohlstand: ja, aber nur mit den westlichen Nachbarn. So ist dieses „Europa“ seit seiner Gründung immer auch ein Europa „gegen die anderen“ gewesen. Diese Innen-Außen-Dichotomie besonders gegenüber dem Osten ist in das Erbe der EU miteingegangen und muss kritisch reflektiert werden, wenn die EU eine glaubwürdige „Friedenskraft“ sein will.<sup>iii</sup>

Es ist deshalb ernst zu nehmen, dass der am Widerstand europäischer Bevölkerungen gescheiterte Verfassungsvertrag für die EU nicht nur alle Länder einer neoliberalen Ausrichtung untergeordnet hätte, sondern auch eine Militarisierungsklausel enthielt. Dieser militaristische Gedanke findet sich gleichfalls im jetzt geltenden Vertrag von Lissabon (2009),



DL21

#leftlessons

der in Art. 42 besagt: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Und: „Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander weiter gehende Verpflichtungen eingegangen sind, begründen eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit ...“ (= Pesco).

Diese Pflicht zur Militarisierung und zum bündnispolitischen militärischen Beistand geht weit über das Beistandsgebot der NATO hinaus. Im Brüsseler Pakt von 1948 heißt es so schlicht wie wenig verbindlich: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung ...“

### **Und auf der Seite des Friedens?**

Eine Perspektive für ein wesentlich friedlicheres und zivilisierendes Europa wurde im Zuge der Entspannungspolitik der 1960er und 1970er Jahre eröffnet. In ihrem Verlauf wurden die Europäischen Staaten – und nicht nur die des Westens – Teil eines viel größeren Friedensprojektes. Auf Anstoß der Warschauer-Pakt-Staaten in den 1960er Jahren begannen etliche Regierungen 1973 Verhandlungen, die 1975 mit der Schlussakte von Helsinki ihr Ende fanden. Diese „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit“ (KSZE), die mittlerweile in die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit“ (OSZE) überführt worden ist und die gemeinsamen Ziele der beteiligten Staaten 2010 in Astana noch einmal erweitert und bekräftigt hat, ist ein wesentlicher politischer Rahmen für europäische Friedenspolitik. In der OSZE wirken 57 Staaten, überwiegend Europas, aber auch Nordamerikas und Asiens mit. Ihre bereits in Helsinki vereinbarten Prinzipien sind das Bekenntnis

- zur Achtung ihrer souveränen Gleichheit sowie der ihrer Souveränität innewohnenden Rechte,
- zum Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt,
- zur Unverletzlichkeit der Grenzen,
- zur Achtung der territorialen Integrität aller Teilnehmerstaaten,
- zur friedlichen Regelung von Streitfällen,
- zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Teilnehmerstaaten,
- zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten,
- zur Achtung der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker,

DL21

#leftlessons

- zur Entwicklung ihrer Zusammenarbeit gemäß der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen,
- zur Erfüllung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

Wichtig sind darüber hinaus die im militärischen Bereich vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen sowie die zahlreichen Verbindungen in zivilgesellschaftlichen Feldern (Wissenschaft, wirtschaftliche Entwicklung, Kultur).

Die OSZE kann eine Schlüsselrolle zum Beispiel für die zivile Konfliktlösung in der Ostukraine wahrnehmen.

Heute schwankt die EU zwischen einer massiven Ausweitung ihrer militärischen und geostrategischen Ambitionen und einer auf zivile Konfliktlösung, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit gestützten Strategie. Für die nächsten sieben Jahre hat die EU 98 Mrd. Euro für die Nachbarschafts- und Entwicklungspolitik, humanitäre Hilfe, Menschenrechte und internationale Kooperationen/Stabilität vorgesehen. Bedenkt man allerdings, dass allein der bundesdeutsche Verteidigungshaushalt bei 59 Mrd. Euro liegt, ist dieser auf Zivilität gerichtete Anteil der EU-Finzen doch eher geringfügig.

Dennoch hat die EU wirksame Instrumente für eine menschenrechtsorientierte und zivile internationale Politik entwickelt, die der Weiterentwicklung bedürfen. Die Politikwissenschaftlerin Martina Fischer formuliert in diesem Bereich als Herausforderungen: *„Für NGOs und EU-Parlamentarier\*innen wird eine wichtige Aufgabe fortan darin bestehen, darauf zu drängen, (a) dass das 0,7 % Ziel in der Entwicklungsfinanzierung konsequent erfüllt wird, (b) dass Mittel der Entwicklungszusammenarbeit wirklich für die Bekämpfung von Hunger und Armut verwandt werden und zivile Mittelansätze (des NDICI<sup>iv</sup>) nicht für sicherheits- und migrationspolitische Zwecke umgewidmet werden, und (c) dass die breit gefächerten Aufgabenkataloge des bisherigen »Instrument für Stabilität und Frieden« und des »Instrument für Demokratie und Menschenrechte« im neuen EU-Finanzrahmen in vollem Umfang erhalten bleiben. Zivilgesellschaftliche Netzwerke und friedensaktive EU-Parlamentarier\*innen müssen deren Ausgabep Praxis sorgfältig beobachten und durch Lobbyarbeit darauf hinwirken, dass die krisenpräventiven und friedenspolitischen Ansätze in der komplexen und »flexiblen« neuen Finanzarchitektur erhalten und weiterentwickelt werden.“<sup>44</sup>*

DL21

#leftlessons

### **Deutschland als Anlehnungsmacht für die NATO in der EU**

Angesichts der Einbußen an ökonomischer und militärischer Potenz seitens der USA und weltweit wachsender Spannungen weisen die Vereinigten Staaten der EU eine größere militärische Verantwortung in der Ausübung westlicher Hegemoniepolitik zu. In diesem Zusammenhang müssen die wesentlichen neuen Rüstungsprojekte (vgl. hierzu die Vorbereitung der #LeftLesson II.5) sowie das 2014 verabredete NATO-Ziel der Steigerung der Verteidigungshaushalte der beteiligten Länder auf zwei Prozent vom BIP bis 2024 reflektiert werden.<sup>vi</sup>

Die Notwendigkeit einer militärischen Zusammenarbeit in der EU wird ganz besonders mit der vermeintlichen aggressiven Aufrüstung Russlands begründet. Das Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) in London stellt allerdings fest, dass Russlands Militärausgaben 2020 (inflationbereinigt) 13 Prozent unter denen von 2015 lagen, die Rüstungsausgaben also sinken.

Seit 2015 sind hingegen die Ausgaben der NATO um 15 Prozent gestiegen und die der BRD um 33 Prozent. Russland gab nach NATO-Kriterien im letzten Jahr 60,6 Milliarden Dollar für das Militär aus, so das IISS. Die NATO summiert die Ausgaben ihrer Mitglieder auf horrenden 1.108 Milliarden Dollar. Das ist mehr als das 18-fache Russlands. Die Aufrüstung ist also eher eine westliche Angelegenheit.

Gerade die massive Aufrüstung in der Bundesrepublik, die durch die Corona-Krise nicht einmal verlangsamt wurde, hat dabei eine strategische Funktion. Vor einem Jahr verkündete Ministerin Kramp-Karrenbauer: „Im Schnitt bekommt die Bundeswehr jede Woche einen neuen Panzer, jeden Monat ein neues Flugzeug und jedes Jahr ein neues Schiff.“ Diese Art der Verwendung von Haushaltsmitteln ist wohl einer der Gründe dafür, dass es in der Krise nicht gelang, auch nur eine\*n einzige\*n zusätzliche\*n Intensivmediziner\*in/-Pfleger\*in auf unsere Krankenstationen zu bekommen

Aus Sicht der USA soll die Bundesrepublik als wirtschaftlich stärkste Macht der EU in ihrer hegemonial sein und militärisch dominieren, damit die EU – perspektivisch mit einer eigenen, hochmodern ausgestatteten Angriffsarmee (s. FCAS) – die USA in zu erwartenden Konflikten mit China und Russland entlastet. Dabei spielt auch die nukleare Teilhabe eine enorme Rolle, für welche die Verteidigungsministerin mobil macht. Sie will 148 neue Kampffjets kaufen, von denen 30 in der Lage sein sollen, in Deutschland stationierte US-Atombomben ins Ziel zu bringen. Die USA verändert derweil ihre nukleare Bewaffnung in Europa in Richtung „taktischer“ Atomwaffen, also solcher, die für den „zielgenauen“

DL21

#leftlessons

vernichtenden Einsatz und nicht zur „Abschreckung“ da sind. Rüstungsprojekte wie FCAS sollen solche Kriege möglich machen. So sind NATO, EU und deutsche Verteidigungspolitik direkt miteinander verschränkt.

Mit dem US-/NATO-Manöver „Defender 21“ ist die EU bereits Aufmarschgebiet für 30.000 Soldaten aus 26 Nationen, die vom Baltikum bis ans Schwarze Meer an Russlands Grenze die westliche Macht demonstrieren sollen.

Vor dem Hintergrund sind die Kriegsgefahr und die Involvierung der EU in die Eskalation geostrategischer Konflikte sehr ernst zu nehmen.

---

<sup>i</sup> Esther Bejarano: Wir sind da! Meine Befreiung 1945 und meine Hoffnungen. Rede anlässlich des 8. Mai 2021. <https://www.auschwitz-komitee.de/esther-bejarano-wir-sind-da-meine-befreiung-im-mai-1945-und-meine-hoffnungen/>

<sup>ii</sup> Walter Kemp, Werner Krumm (Hg.): Die Wiederherstellung europäischer Sicherheit: Vom Verwalten der Beziehungen zur prinzipiengeleiteten Zusammenarbeit, Wien 2020. <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/17734.pdf>

<sup>iii</sup> Zum Weiterlesen: Hans-Georg Erhardt: Friedensmacht; in: Hans J. Gießman, Bernd Rinke: Handbuch Frieden, Berlin 2020, S. 177-184.

<sup>iv</sup> Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit der EU

<sup>v</sup> Martina Fischer: Zivile Potentiale der EU ausbauen; in: Wissenschaft & Frieden, 1/21. <https://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=2487>

<sup>vi</sup> Da ist aufgeführt:

„1) Artillerie-Systeme, die ab 2040 fertig sein sollen und deren Volumen nach Angaben des Geschäftsführers des Rüstungskonzernes Krauss-Maffei-Wegmann mindestens 25 Mrd. Euro betragen soll.

2) Eine neue Generation von Kampfpanzern, das Main Ground Combat System (MGCS). Hierbei handelt es sich um High-Tech-Systeme, die bis 2035 fertig sein sollen. Hierbei handelt es sich um den Versuch, die gesamte Panzerstreitkraft der EU neu zu konzipieren. Mittels Robotik und Hochgeschwindigkeitsraketen soll dieses Waffensystem für autonomes Gefecht ausgestattet und das Rückgrat des Heeres werden. KMW-Geschäftsführer Haun rechnet mit der Bestellung von 5.000 Kampfpanzern und Umsätze von mindestens 100 Mrd. Euro. Dieses Projekt soll die Integration der bisher auf sowjetischen Systemen aufsattelnden Panzerarmeen des ehemaligen Ostblocks in eine EU-Arme erleichtern und mit der Möglichkeit zur automatischen Kriegführung und massiven konventionellen Überlegenheit Krieg gegen Russland führbar machen.

3) Der dickste Brocken der EU-Aufrüstung ist das Kampfflugzeugsystem Future Combat Air System (FCAS). Es soll Flugzeuge, Kampjets, Drohnen, bewaffnete Drohnenschwärme, Satelliten und Schiffe in einem System



DL21

#leftlessons

---

integrieren. Es wird deshalb auch von Rüstungs-Lobbyisten als „System der Systeme“ bezeichnet. Nach Schätzungen des Handelsblatts werde sich der Umsatz der europäischen Rüstungskonzerne auf 500 Mrd. Euro belaufen, wovon allein die Entwicklungskosten auf 80 Mrd. Euro geschätzt werden. 2040 soll FCAS fertig sein. Gerade dieses Projekt zielt darauf, die EU militärisch zu einem Global Player unter deutsch-französischer Führung zu machen.

Diese Projekte sind eingebettet in das europäische Projekt der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“, englisch abgekürzt „PESCO“, das irrtümlicherweise in der öffentlichen Debatte in der BRD und auch in der SPD häufig noch für ein Friedensprojekt gehalten wird.“

Quelle: [https://www.forum-dl21.de/wp-content/uploads/2021/01/LeftLessons2\\_Nr5\\_Vorbereitung\\_Neuneck.pdf](https://www.forum-dl21.de/wp-content/uploads/2021/01/LeftLessons2_Nr5_Vorbereitung_Neuneck.pdf)